

S A T Z U N G

Über die Erhebung von Beiträgen für Feld- und Waldwege

der Gemeinde Reichenbach-Steegen

vom 12.2.1996

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Reichenbach-Steegen hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) und der §§ 2 Abs. 1, 7, 8, 9 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Erhebung von Beiträgen

Die Gemeinde erhebt Beiträge für die Investitionsaufwendungen und die Unterhaltungskosten von Feld- und Waldwegen.

Der Beitragssatz wird alljährlich in der Haushaltssatzung festgesetzt.

§ 2

Beitragsgegenstand

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen alle im Außenbereich (§ 35 BauGB) der Gemeinde gelegenen Grundstücke, die durch Feld- oder Waldwege erschlossen sind.
- (2) Ein Grundstück ist durch einen Feld- oder Waldweg erschlossen, wenn die tatsächliche und rechtlich nicht ausgeschlossene Möglichkeit besteht, ein Grundstück oder einen Grundstücksteil zu Bewirtschaftungszwecken zu erreichen. Hierbei ist es unbeachtlich, ob es unmittelbar an einen Feld- oder Waldweg angrenzt oder nur über andere Grundstücke zu einem Feld- oder Waldweg erschlossen ist.

§ 3

Beitragsmaßstab

Beitragsmaßstab ist die Grundstücksfläche.

§ 4

Beitragsschuldner

Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist.

§ 5

Beitragsermittlung

Die den wiederkehrenden Beiträgen zugrundeliegenden Kosten sind nach den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen für Kostenrechnungen zu ermitteln. Anstelle der jährlichen kann vom Durchschnitt der im Zeitraum bis zu 5 Jahren zu erwartenden Investitionsaufwendungen ausgegangen werden. Weichen nach Ablauf dieses Zeitraums die tatsächlichen von den im Durchschnitt erwarteten Investitionsaufwendungen ab, so ist das Beitragsaufkommen der folgenden Jahre entsprechend auszugleichen.

§ 6

Gemeindeanteil

Der Gemeinderat legt fest, welchen Anteil der Aufwendungen und Kosten die Gemeinde selbst übernimmt. Dieser soll bei Feld- und Waldwegen

1. dem Aufkommen an Kraftfahrzeugverkehr
2. der Nutzung
 - a) als Reit- und Radwege sowie
 - b) für den Fremdenverkehr

wenn diese Nutzungen erheblich und nicht den jeweiligen Beitragsschuldnern zuzurechnen sind, entsprechen.

§ 7

Behandlung von Jagdpachtanteilen

- (1) Von den beitragsfähigen Aufwendungen und Kosten sind Einnahmeüberschüsse aus der Jagdverpachtung und ähnlichem abzuziehen, die die Grundstückseigentümer, ihre Vereinigungen oder Körperschaften für die Herstellung, den Ausbau und die Unterhaltung der Feld- und Waldwege der Gemeinde zur Verfügung stellen, wenn nicht Auszahlungsansprüchen von Grundstückseigentümern entsprochen wird; andernfalls ist nach Absatz 2 zu verfahren.
- (2) Werden der Gemeinde Einnahmeüberschüsse aus der Jagdverpachtung und ähnlichem nicht von allen Beitragsschuldnern zur Verfügung gestellt, so sind die der Gemeinde zufließenden Beiträge auf die Beiträge der Beitragsschuldner, die keine Auszahlungsansprüche gestellt haben, entsprechend anzurechnen.

§ 8 Fälligkeit

Die Beiträge werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt. Auf am 31.12. des jeweiligen Jahres entstehende Beitragsschuld werden vierteljährliche Vorausleistungen entsprechend den Festsetzungen des Bescheides erhoben.

§ 9 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1.1.1996 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen für Feld- und Waldwege vom 14.8.87 außer Kraft.
- (3) Soweit Beitragsansprüche nach der aufgrund von Abs. 2 aufgehobenen Satzung entstanden sind, gelten die bisherigen Regelungen weiter.

Reichenbach-Steegen, den 13.3.1996

(Ortsbürgermeister)

NACHWEIS ÜBER DAS ZUSTANDEKOMMEN EINER SATZUNG:

1. Die Satzung wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates
Reichenbach-Steegen, 12.03.1996

mit folgender Mehrheit beschlossen:

Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder: 18

Anwesende Ratsmitglieder: 14

Für die Satzung haben gestimmt: 14 Ratsmitglieder

Gegenstimmen: keine

Stimmenthaltungen: keine

2. Die Satzung wurde am 13.3.1996 durch den Ortsbürgermeister
unterzeichnet (ausgefertigt).

3. Die Satzung wurde am 17.5.1996 im Amtsblatt der Verbands-
gemeinde Weilerbach öffentliche bekanntgemacht.

Bei der Bekanntmachung der Satzung wurde darauf hingewiesen, daß
Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften
zustande gekommen sind, ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung
als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten, wenn die Rechtsver-
letzung nicht innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Bekannt-
machung der Satzung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Ver-
letzung begründen soll, schriftlich gegenüber der Verbandsgemeindever-
waltung Weilerbach, Rummelstrasse 15, 67685 Weilerbach geltend gemacht
worden ist.

Weilerbach, 26.07.1996
Verbandsgemeindeverwaltung:
Im Auftrag:

